

II-11803 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5759 J

1993 -12- 06

## ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Mag. Schreiner  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Zinserträge für Veranlagungen des Staates bei Banken

Im Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vom 17. Dezember 1990 findet sich unter dem Punkt "Budget" der Satz "Die Politik der Budgetkonsolidierung muß auch in den nächsten Jahren fortgeführt werden."

Daß dieses Ziel nicht verwirklicht wurde, zeigen nicht zuletzt das ansteigende Budgetdefizit und die stark steigenden Finanz- und Verwaltungsschulden des Bundes. Unter die Finanzschulden des Bundes fallen unter anderem auch Schulden bei Banken (Dr. Walterskirchen beim Budgethearing am 16. November 1993).

Gegenüber Banken gibt es aber seitens des Bundes nicht nur Schulden, es werden auch Veranlagungen getätigt. Einzelheiten (Höhe, Zinsen) über Kredite über Veranlagungen, Kredite usw. des Bundes bei Banken, sind bislang unbekannt.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

## ANFRAGE

1. Gibt es seitens des Bundes Verpflichtungen, etwa im Sinne von Krediten, bei Banken im In- oder Ausland?
2. Wenn ja, in welcher Höhe und mit welchen Zinsen (Höhe und Prozentsatz)?
3. Veranlagt der Bund Gelder bei Banken im In- bzw. im Ausland ?
4. Wenn ja,
  - a. Wo?
  - b. In welcher Höhe?

5. Zu welchen Konditionen, d.h. Zinsen etc., werden Veranlagungen des Bundes bei Banken getätigt?
6. In welcher Höhe bewegen sich die Zinserträge des Staates bei Banken?
7. Wie bzw. wozu werden diese Zinserträge verwendet?